



**Geschäftsführung  
Stadtarbeitsgemeinschaft  
Behindertenpolitik**

Frau Thiemann

Telefon: (0221) 221-22822  
Fax: (0221) 221-6627497

E-Mail: angelaedith.thiemann@stadt-koeln.de

Datum: 31.03.2016

**Niederschrift**

über die **Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 03.03.2016, 14:00 Uhr bis 16:30 Uhr, Stadthaus Deutz, Konferenzraum 16 F 43

**Anwesend waren:**

**Vorsitzender**

Herr Dr. Günter Bell

Behindertenbeauftragter

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Monika Dierksmeier

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis

Frau Annette Hepp

DSB-Regionalgruppe der Schwerhörigen und Ertaubten Köln und Umgebung e.V.

Herr Paul Intveen

Blinden- und Sehbehindertenverein Köln e.V.

Herr Horst Ladenberger

Zentrum für selbstbestimmtes Leben

Frau Barbara Röttger- Schulz

Polio Stammtisch

Herr Wolfgang Schaefer

Deutsches Rotes Kreuz

Herr Wolfgang Schmidt

Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven gGmbH

Frau Sigrid Schmitz

Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft

Herr Thorsten Steinbach

IncluCity Cologne

Herr Andreas Thermann

Arbeiterwohlfahrt

Herr Rainer Zuch

Synagogen-Gemeinde Köln

**Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Gisela Grüßer

-

Frau Sandra Meinert

Rollstuhl-Club Köln e.V.

**Nicht stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Cornelia Schmerbach

SPD

Herr Ludwig Eierhoff

AfD

Herr Helmuth Krämer DIE LINKE  
Frau Katja Hoyer FDP

### **Ständige Gäste**

Herr Benjamin Badstieber Universität zu Köln-Humanwissenschaftliche Fakultät  
Frau Judith Beckmann KVB AG - Kölner Verkehrsbetriebe AG  
Herr Prof. Dr. rer. nat Jürgen Innenmoser Stadtsportbund  
Herr Thomas Phillippi SBK Sozial-Betriebe-Köln gGmbH  
Frau Ute Saher Seniorenvertretung der Stadt Köln

### **Verwaltung**

Frau Brigitte Carl Jobcenter Köln/Stadt Köln & Agentur für Arbeit  
Frau Tanja Daniels Amt für Personal, Organisation und Innovation  
Herr Frank Höller Kämmerei-Betriebsleiter Beteiligungsgesellschaften  
Herr Stephan Jacobs E-Government und Online-Service  
Herr Martin Lersmacher Gebäudewirtschaft der Stadt Köln  
Herr Helmut Matzel Amt für Brücken und Stadtbahnbau  
Herr Frank Reissig Amt für Wohnungswesen  
Herr Ronny Sämman Amt für Straßen und Verkehrstechnik  
Herr Andreas Schwarz Diversity/Fachstelle Behindertenpolitik

### **Gäste**

Herr Heiner Betz KölnKongress GmbH - Flora Köln  
Herr Wolfram Buttschardt Netzwerk für Flüchtlinge mit Behinderung/Dia.Leben Michaelshoven gGmbH  
Frau Gerdi Hugoth sachkundige Einwohnerin im Gesundheitsausschuss/Stellvertretung  
Herr Tayfun Keltek Integrationsrat  
Frau Kerstin Kinnen KoKoBe Südstadt - Assistenz für Herrn Steinbach  
Frau Ute Palm sachkundige Einwohnerin im Ausschuss Kunst und Kultur

### **Schriftführerin**

Frau Angela Edith Thiemann Diversity/Fachstelle Behindertenpolitik-Geschäftsführung  
Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Herr Dr. Bell die anwesenden Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, die ständigen Gäste und die Gäste der

heutigen Sitzung, insbesondere Herrn Tayfun Keltek - Vorsitzender des Integrationsrates und Herrn Wolfram Buttschardt – Netzwerk für Flüchtlinge mit Behinderung/Dia.Leben Michaelshoven gGmbH, die zu TOP 2.1 vortragen werden und Herrn Heiner Betz – KoelnKongress GmbH und Herrn Frank Höller – Kämmerei/Leiter Zentrale Finanzwirtschaft - Beteiligungsverwaltung und Steuerberatung, die zu TOP 5.6 Flora Köln berichten werden.

Darüber hinaus begrüßt Herr Dr. Bell Herrn Wolfgang Schäfer, der ab der heutigen Sitzung für das DRK - Deutsches Rote Kreuz/Verbände der Freien Wohlfahrtspflege als stimmberechtigtes Mitglied der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik angehört, und Herrn Benjamin Badstieber, der ab sofort die Universität zu Köln, Humanwissenschaftliche Fakultät, Arbeitsbereich Geistigbehindertenpädagogik als ständiger Gast in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vertritt.

Herr Dr. Bell dankt Herrn Dr. Werner Schlummer – Universität zu Köln – in Abwesenheit für die langjährige gute und produktive Zusammenarbeit in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und wünscht ihm im Namen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik einen guten Übergang in den Ruhestand.

Die Einladung wurde fristgemäß veröffentlicht. Nach Festlegung der Tagesordnung wurde kein weiterer Tagesordnungspunkt angemeldet, so dass die Tagesordnung wie folgt genehmigt wird.

Unter Tagesordnungspunkt 4 wird die Verwaltung künftig regelmäßig zu wichtigen Themen aus dem Bereich Diversity und den Aktivitäten der Dienststelle berichten. Zu TOP 4.1 berichtet Herr Dr. Bell, dass die Vorlage 3443/2015 „Gemeinsames Treffen der städtischen Arbeitsgemeinschaften, des Integrationsrates und des Arbeitskreises Kölner Frauenvereinigungen“ mittlerweile inhaltlich überholt ist, so dass die Verwaltung diese Vorlage endgültig zurückgezogen hat und hierzu den aktuellen Sachstand mündlich berichtet.

Damit aber der Stadt sportbund, vertreten durch Prof. Dr. Jürgen Innenmoser, bereits ab Beginn der heutigen Sitzung in seiner Funktion als ständiger Gast an der Sitzung teilnehmen kann, wird

TOP 8.2            Ständige Gäste in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik  
                         hier: Aufnahme des Stadt sportbundes als ständiger Gast

noch vor TOP 1 behandelt, aber in der Niederschrift unter TOP 8.2 protokolliert. Daher begrüßt Herr Dr. Bell auch Herrn Prof. Dr. Innenmoser als Vertreter des Stadt sportbundes zur heutigen Sitzung.

Ab der heutigen Sitzung besteht in den Sitzungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik die Möglichkeit der WLAN-Nutzung. Wer an der Nutzung während der Sitzungen interessiert ist, soll sich vor Beginn der Sitzung bei der Geschäftsführung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik melden.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

- 1 Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung**
- 2 Gespräch und Vorträge**
  - 2.1 Flüchtlinge mit Behinderungen und Menschen mit Behinderung mit Migrationshintergrund
- 3 Bericht des Behindertenbeauftragten**
  - 3.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 01/2016  
4063/2015
  - 3.2 Bericht des Behindertenbeauftragten 02/2016  
0461/2016
- 4 Diversity**
  - 4.1 Gemeinsames Treffen der städtischen Arbeitsgemeinschaften, des Integrationsrates und des Arbeitskreises Kölner Frauenvereinigungen  
  
Die Vorlage wird von der Verwaltung zurückgezogen, da sie nicht mehr aktuell ist. Die Verwaltung berichtet daher in der Sitzung mündlich über den aktuellen Sachstand.  
3443/2015
- 5 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
  - 5.1 Einbindung der Behindertenverbände bei Planungsvorhaben  
hier: Fahrgastunterstände
  - 5.2 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG  
hier: Sachstandsbericht
    - 5.2.1 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG  
hier Stellungnahme der KVB AG vom 02.02.2016  
0500/2016

- 5.3 Nachrüstung von KVB Haltestellen mit Blindenleitsystemen  
hier: Sachstandsbericht
- 5.4 Gestaltungshandbuch der Stadt Köln  
hier: Sachstandsbericht zu Bänke
- 5.5 Aktualisierung von Regelwerken wegen neuer bzw. aktualisierter DIN-Normen  
hier: Sachstandsbericht
- 5.6 Flora Köln  
hier: Erreichbarkeit der Außengastronomie - Stellungnahme der KölnKongress GmbH
- 5.7 Stellungnahme der Verwaltung zur Resolution der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik: „Barrierefreies Wohnen“  
3518/2015
- 5.8 Mobilitätshilfe  
hier: Sachstandsbericht
- 5.9 Barrierefreie Ratssitzungen  
hier: Sachstandsbericht
- 6 Mitteilungen**
- 6.1 1. Fortschreibung des Inklusionsplans für Kölner Schulen  
3213/2015
- 6.2 Inklusionsmonitoring - 3. Bericht zu Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen  
(SJ 2014/15)  
3446/2015
- 7 Anfragen**
- 8 Beschlüsse und Beschlussempfehlungen**
- 8.1 Barrierefreier Zugang zur Domplatte  
2262/2015

- 8.2 Ständige Gäste in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik  
hier: Aufnahme des Stadtsportbundes als Ständiger Gast
- 8.3 Sitzungsplanung 2016  
hier: Schwerpunktthemen der Sitzungen im 2. Halbjahr 2016
- 8.4 Beschlussempfehlung "Sanierung Brücken"
- 9 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates**
- 10 Verschiedenes**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Die Niederschrift der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 02.11.2016 wird ohne Änderungen genehmigt.

### **2 Gespräch und Vorträge**

#### **2.1 Flüchtlinge mit Behinderungen und Menschen mit Behinderung mit Migrationshintergrund**

Der Vorsitzende des Integrationsrates, Herr Tayfun Kelttek, stellt in seinem Grußwort fest, dass es zwischen den Themenbereichen des Integrationsrates und der Menschen mit Migrationshintergrund und der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und den Menschen mit Behinderung sehr viele Überschneidungen gibt. Bei beiden Personenkreisen wird von der Gesellschaft immer zuerst der Blick auf die Defizite der Menschen gerichtet, nicht aber auf deren Stärken. Bei geeigneter Unterstützung, Wahrnehmung aller Fähigkeiten und konsequenter Umsetzung der Inklusion für alle Gruppen der Gesellschaft werden enorme Potentiale sichtbar und damit auch nutzbar werden. Hier muss auf einen Paradigmenwechsel hingearbeitet werden und das sollte gemeinsam erfolgen.

Herr Dr. Bell berichtet, über die Erhebungsdaten zu Flüchtlingen mit Behinderung und Menschen mit Behinderung mit Migrationshintergrund, den möglichen Problemen bei der Erfassung bzw. welche Daten noch nicht vorliegen. Die Vortragsunterlagen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Dabei stellt Herr Dr. Bell u. a. fest, dass es zurzeit so gut wie keine Erhebungen von Daten zu diesen Themenkomplexen und auch keine eindeutigen Daten gibt, mit denen gearbeitet werden könnte. Zum einen gibt es unterschiedliche Begriffe, die alle zu unterschiedlichen Erhebungsdaten führen. Zum anderen bestehen noch keine Systeme und Vorgaben, aber auch keine Grunddaten, wie Erhebungen bei den Flüchtlingen durchgeführt werden, um zu einem von allen lesbaren und nutzbaren Ergebnis kommen.

Die Stadt Köln muss sich ein Bild machen, welche Bedarfe besonders schutzbedürftige Personen wie Flüchtlinge mit Behinderung haben. Der Rat hat daher bereits in 2015 die Verwaltung beauftragt, sich dieser Personengruppe besonders anzunehmen. Diese Aufgabe ist zwar aufgegriffen worden, aber das Hilfesystem steht noch ganz am Anfang. Daher ist das Projekt „Fluchtlinge mit Behinderung“, ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Frau Rehberg ergänzt diese Ausführungen, mit dem Hinweis, dass die Stadt Köln bemüht ist, eine Datenerhebung aller schutzbedürftigen Flüchtlinge aufzubauen, um dann entsprechend auf die Bedarfe reagieren zu können und die notwendigen Hilfen, Unterkünfte, Hilfsmittel etc. zur Verfügung stellen zu können. Dies gestaltet sich zum Teil sehr schwierig, da eine direkte Befragung aus Datenschutzgründen nicht möglich ist und die schutzbedürftigen Personen in der Regel erst in einem sicheren Raum und bei einem aufgebauten Vertrauensverhältnis ihre Bedarfe geltend machen.

Herr Buttschardt berichtet über das Projekt „Fluchtlinge mit Behinderung“, dem er seit nunmehr 3 Monaten als Projektleiter vorsteht. Die Vortragsunterlagen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Buttschardt bestätigt die Aussagen von Herrn Dr. Bell, dass sowohl in Köln als auch bundesweit - weder bei der Ersteinreise noch bei der Verteilung auf die Länder – eine grundlegende, systematische Datenerhebung erfolgt. Die Vereinten Nationen gehen aber mittlerweile davon aus, dass rund 15 % der Bevölkerung Menschen mit Behinderung sind.

Umgerechnet auf die aktuelle Zahl von 12.205 Flüchtlingen, die Köln mit Stand 02/2016 zugewiesen wurden, müssten in Köln mehrere Hundert Flüchtlinge mit Behinderung geben. Herr Buttschardt und sein Team haben bereits zu mehreren Ämtern der Stadtverwaltung Kontakt aufgenommen.

Frau Hoyer dankt für dieses Projekt, da hierdurch erstmalig die Flüchtlinge mit Behinderung im Mittelpunkt stehen. Sie sieht es als sehr positiv an, dass das Netzwerk auch die Zusammenarbeit mit der Stadt Köln sucht und die Kommunikation funktioniert.

Auf die Frage, wie die Kontaktaufnahme zu anderen Organisationen und Betroffenen erfolgt, erläutert Herr Buttschardt, dass es sich dabei um aufsuchende Arbeit handelt. Darüber hinaus werden Pressemitteilung herausgegeben, Handzettel verteilt, Mund zu Mund Propaganda und die Kontakte verschiedener Träger genutzt und auch Werbe- und Informationsveranstaltungen durchgeführt. Gremien wie die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik werden als Multiplikatoren genutzt.

Herr Ladenberger dankt Herrn Keltel im Namen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, dass er den Blick auf die Gemeinsamkeit der beiden Gremien Integrationsrat und Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und den dazugehörigen Bevölkerungsgruppen gerichtet hat. Er dankt aber auch dem Netzwerk, dass sie diese schwierige Aufgabe aufgenommen haben. Es besteht noch kein Wissens- und Beratungspool, aus dem Wissen geschöpft werden könnte und es gibt auch kein Beratungssystem, an dem sich die Flüchtlinge oder auch die Organisationen, die den Flüchtlingen helfend zur Seite stehen, wenden können. Zudem gibt es immer wieder Unklarheiten, wer für welchen Bereich der richtige Ansprechpartner ist. Er schlägt daher die Einrichtung eines sog. Notfallnetzes für unklare Zuständigkeiten vor.

Frau Schmerbach weist auf die vielfältige Willkommensinitiative hin. Sie wird in die nächste Koordinierungsbesprechung auf das Netzwerk hinweisen, damit auch diese Kontakte genutzt werden können. Sie bittet daher Herrn Buttschardt, das Netzwerk z.B. auch in der Willkommensinitiative Ehrenfeld vorzustellen. Des Weiteren regt sie an, dass auch der Kölner Flüchtlingsrat in das Netzwerk einbezogen wird. Darüber hinaus bittet Frau Schmerbach die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und den Integrationsrat zum Thema Flüchtlinge mit Behinderung eng zusammen zu arbeiten.

Das Angebot von Herrn Prof. Dr. Innenmoser, dass er Kontakte zu den Mitgliedern des Stadtsporbundes vermittelt, nimmt Herr Buttschardt gerne an.

Herr Dr. Bell sichert zu dass die Fachstelle Behindertenpolitik und das Kommunale Integrationszentrum das Projekt während der gesamten Projektzeit unterstützen werden. Er dankt im Namen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und der Stadt Köln allen Beteiligten, für den heutigen Beitrag und weist darauf hin, dass auf Einladung des Friedensbildungswerk am 15.03.2016 , 19.30 – 21.30 Uhr in den Räumen der Dienststelle Diversity – Fachstelle Behindertenpolitik, Kleine Sandkaul 5, 50667 Köln eine Veranstaltung stattfindet, in der sich das Modellprojekt nochmals ausführlich vorstellen wird. Hierzu sind alle Interessierte herzlich eingeladen.

Die Stadt Köln wird zudem die Homepage des Projektes mit der Homepage der Stadt Köln verlinken, so dass auch darüber Informationen zu erhalten sind.

Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik stellen fest, dass dieses Projekt ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist, dass aber eine systematische Datenerfassung unbedingt erforderlich ist. Sie beschließt daher folgenden Antrag:

**Beschluss:**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beauftragt den Behindertenbeauftragten, in geeigneter Weise die Forderung in die Politik einzubringen, eine detaillierte Erhebung zu den schutzbedürftigen Flüchtlingen insbesondere zu den Flüchtlingen mit Behinderung durchzuführen, um so die Grundlage für das weitere Verwaltungshandeln zu schaffen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**3 Bericht des Behindertenbeauftragten**

**3.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 01/2016  
4063/2015**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**3.2 Bericht des Behindertenbeauftragten 02/2016  
0461/2016**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**4 Diversity**

Frau Rehberg dankt dafür, dass sie unter diesem neuen ständigen Tagesordnungspunkt die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik über alle wichtigen Themen aus dem Bereich Diversity informieren kann.

Frau Rehberg berichtet über den verwaltungsinternen Arbeitskreis Diversity, in dem städtische Amtsleiter zu diesem Thema vernetzt sind, um an den Strukturen der Stadtverwaltung im Hinblick auf Diversity zu arbeiten. Darüber hinaus werden für die städtischen Führungskräfte und für die Mitarbeiter/innen Schulungen zu diesem Thema angeboten.

Des Weiteren werden Studierende der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW eine Broschüre für die städtischen Mitarbeiter/innen erstellen, was die Stadt Köln als Arbeitgeberin für sie anbietet.

Frau Schmerbach weist darauf hin, dass es einen Fachkräftemangel bei der Stadtverwaltung gibt und fragt, ob nicht verstärkt der Focus auf Fachkräfte mit Behinderung gelegt werden kann. Sie wird dieses auch in den Ausschuss Soziales und Senioren einbringen.

Frau Rehberg bestätigt, dass es einen erheblichen Fachkräftemangel und mittlerweile auch generell einen Personalmangel bei der Stadtverwaltung gibt, da in den nächsten

Jahren verhältnismäßig viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Ruhestand gehen werden. Daher ist wichtig, das Potential aller Menschen im Blick zu haben.

#### **4.1      Gemeinsames Treffen der städtischen Arbeitsgemeinschaften, des Integrationsrates und des Arbeitskreises Kölner Frauenvereinigungen**

**Die Vorlage wird von der Verwaltung zurückgezogen, da sie nicht mehr aktuell ist. Die Verwaltung berichtet daher in der Sitzung mündlich über den aktuellen Sachstand.**

**3443/2015**

Frau Rehberg stellt dar, dass Frau Reker, damals noch in ihrer Funktion als Sozialdezernentin und Vorsitzende der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, in der Sitzung am 18.06.2015 (TOP 5.2) die Organisation eines gemeinsamen Treffens aller Diversity-Gruppen durch die Verwaltung zugesagt hat. Diesem Auftrag kommt die Dienststelle Diversity nach und organisiert zurzeit das gemeinsame Treffen der städtischen Arbeitsgemeinschaften, des Integrationsrates und des Arbeitskreises Kölner Frauenvereinigungen. Das Treffen soll am 15.04.2016 stattfinden. Hierfür haben bereits zwei Vorbereitungstreffen mit Delegierten der Gremien stattgefunden. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik war hierbei vertreten durch Frau Röttger-Schulz und Herrn Ladenberger.

Das Treffen wird als Tenor „In welcher Stadt wollen wir leben“ haben. Ziel des Treffens soll es sein, Gemeinsamkeiten zu erkennen und sich so zu vernetzen, dass an gemeinsamen Themen gemeinsam strategisch vorgegangen wird.

#### **5            Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**

##### **5.1        Einbindung der Behindertenverbände bei Planungsvorhaben hier: Fahrgastunterstände**

Frau Beckmann berichtet, dass im Dezember 2016 ein Gespräch zwischen der KVB AG und dem Arbeitskreis Barrierefreies Köln stattgefunden hat. Hier wurde dargestellt, dass für die Gestaltung der Fahrgastunterstände seitens der Stadt Köln eine Designkommission gegründet wurde. Diese hat über die Ausgestaltung entschieden, nicht jedoch die KVB AG.

Da sich die kontrastreiche Gestaltung der Fahrgastunterstände als nicht ausreichend darstellt, ist die KVB AG an den Konzessionär und die Stadt Köln herangetreten, damit die Kontrastierung entsprechend der DIN 18040.03 nachgebessert wird. Die Rückmeldung der Stadt Köln hierzu liegt der KVB AG noch nicht vor. Bei einer Befürwortung durch die Stadt Köln würde die KVB AG den Konzessionär die Verbesserungsvorschläge zur Umsetzung übergeben.

Aufgrund der Bahnsteigbreiten konnten bisher bei verschiedenen Haltestellen nur Fahrgastunterständen ohne Sitzmöglichkeiten eingerichtet werden. Hier hat die KVB AG nach Lösungsmöglichkeiten mit praktikablen Klappsitzen gesucht und verschiedene Muster getestet. Der nun positiv getestete Prototyp soll in Kürze vorgestellt werden.

Herr Ladenberger berichtet, dass das Gespräch mit der KVB AG im Dezember 2016 höchst unzufriedenstellend war, weil dort sofort mitgeteilt wurde, dass die KVB AG nicht der richtige Ansprechpartner sei. Es wurde auch nicht geklärt, wie solche Fehler, d. h. die fehlende Barrierefreiheit, die ein erhebliches Gefahrenpotential darstellt, künftig vermeiden werden könnten. Festzuhalten sei aber, dass alle Nachbesserungen von Anfang an hätten vermieden werden können, wenn die Behindertenverbände von Anfang an dem Prozess beteiligt gewesen wären.

Auf die Frage von Herrn Intveen, ob es eine nachvollziehbare Niederschrift zu dem Gespräch mit dem Arbeitskreis Barrierefreies Köln gäbe, teilt Frau Beckmann mit, dass es lediglich ein Faltblatt mit Graphiken zu den wichtigsten Mustern gäbe. Herr Intveen stellt dar, dass ein solches Faltblatt für Menschen mit Sehbehinderung nicht nachvollziehbar sei. Möglicherweise haben die Geschäftsführung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und auch die Behindertenverbände bei der Nachfrage die falschen Adressaten gehabt. Nichtsdestotrotz sei es nicht verstehbar, warum bei einer stadtweiten Ausrüstung mit rund 900 Fahrgastunterständen die Barrierefreiheit unberücksichtigt blieb. Es ist nicht nachvollziehbar, wie bei einem solch massiven Eingriff in den öffentlichen Raum, in einen Bereich, der sehr sensibel für die Mobilität der Bevölkerung ist, die Behindertenverbände bzw. die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik weder informiert noch einbezogen worden sind.

Herr Intveen stuft das Verfahren zu den Fahrgastunterständen als negatives Beispiel für alle Themen ein, die mit einer baulichen Veränderung zu tun haben. Daher bittet Herr Intveen im Namen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik um Stellungnahme der Verwaltung,

- wer bei einem solchen Projekt wie „Fahrgastunterstände für KVB Haltestellen“ welche Aufgabe zu erfüllen hat,
- wer der Verantwortliche ist und wann die Pflicht zur Einbeziehung der Behindertenverbände eintritt,
- warum es nicht zu einer Einbeziehung der Behindertenverbände gekommen ist und
- wenn es keine Pflicht zur Einbeziehung der Behindertenverbände gibt, dann soll dies ebenfalls dargestellt werden.

Herr Dr. Bell sagt zu, dass diese Fragen zur nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beantwortet werden. Es gibt bereits umfangreiche Beteiligungsverfahren. Aber dieser Fall zeigt, dass unklare Zuständigkeiten zu erheblichen Fehlern führen. Es scheint auch nicht klar geregelt zu sein, wann die Behindertenverbände an Planungsvorhaben zu beteiligen sind. Die betrifft v. a. Umplanungen von Projekten, die den Behindertenorganisationen zur Begutachtung vorgelegt worden sind.

## **5.2 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG hier: Sachstandsbericht**

### **5.2.1 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG hier Stellungnahme der KVB AG vom 02.02.2016 0500/2016**

Frau Beckmann ergänzt die vorliegende schriftliche Stellungnahme u.a. mit dem Hinweis, dass es einen Vorstandsbeschluss gibt, dass es das Ziel der KVB AG ist, dass E-Scooter wieder mitgenommen werden. Daher wird nach Lösungsmöglichkeiten gesucht. Die Mitnahme sei aber rechtlich problematisch. Daher wird ein Prüfverfahren entwickelt, wie vor Ort geprüft werden kann, dass ein E-Scooter und der/die Fahr/in die vorgegebenen Voraussetzungen erfüllt. Dafür müsse aber mehr Personal eingestellt und die Niederflurbahnen umgebaut werden.

Herr Intveen stellt dar, dass das Thema im Arbeitskreis Barrierefreies Köln und sehr vielen weiteren Gremien diskutiert wurde. Festzuhalten ist, dass die Menschen mit Behinderung sowohl die Nicht-Mitnahme der E-Scooter als auch das von der KVB AG vorgestellte Verfahren als Diskriminierung empfinden. Einen speziellen Führerschein für Menschen, die E-Scooter fahren, anzudenken, ist eine klare Diskriminierung. Das gesamte Verfahren allein auf das Thema Haftung zu reduzieren, wird der Problematik nicht gerecht, denn es geht hier um die Sicherstellung von Mobilität. Man kann die Mobilität nicht nach Haftungskriterien beurteilen. Wer mobil ist, hat immer Risiken. Bisher hat es nicht einen Unfall mit E-Scootern in der KVB gegeben, obwohl noch keine technischen Umrüstungen erfolgt sind. Je mehr aber Haftung und Regulierung im Vordergrund stehen, umso mehr wird die Mobilität der Menschen, die auf einen E-Scooter angewiesen sind, eingeschränkt. Das ist nicht akzeptabel.

Herr Ladenberger unterstützt dieses Statement ausdrücklich und weist auf eine Information hin, die der ehemalige Bundesbehindertenbeauftragte veröffentlicht hat. Demnach ist auch bundesweit kein einziger Unfall bei der Nutzung des ÖPNV durch E-Scooter bekannt. Herr Ladenberger fordert die KVB AG auf, auch im Namen ihres Dachverbandes tätig zu werden. Sicherungsmaßnahmen für alle Nutzer des ÖPNV werden immer begrüßt, aber nicht unter diesen Ausschlussbedingungen und nicht unter diesen diskriminierenden Bedingungen.

Frau Beckmann betont, dass die KVB AG in allen Verbänden und Ebenen aktiv ist mit dem Ziel, E-Scooter wieder mitzunehmen. Sie bittet im Namen der KVB AG um – ein zurzeit sicherlich angeschlagenes – Vertrauen.

### **5.3 Nachrüstung von KVB Haltestellen mit Blindenleitsystemen hier: Sachstandsbericht**

Herr Matzel berichtet, dass in der letzten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik gefordert wurde, die Haltestelle Dom/Hauptbahnhof, Neumarkt und Rudolphplatz auf der Verteilerebene mit Blindenleitsystem nachzurüsten. Da diese Nachrüstungen mit hohem Personal- und Kostenaufwand verbunden sind, hatte das Fachamt vorgeschlagen, die Nachrüstung in die Prioritätenliste aufzunehmen, um eine entsprechende Reihung zur Nachrüstung festzulegen.

Nun schlägt das Fachamt vor, zunächst die Haltestellen barrierefrei nachzurüsten, für die Zuwendungsmittel vorhanden sind, und dann sukzessive die weiteren Maßnahmen umzusetzen. Hierbei sollten die Haltestellen, die nicht barrierefrei sind, vorrangig angegangen werden.

Herr Intveen appelliert erneut an die Verantwortlichen, die o.a. Haltestellen mit Blindenleitsystemen nachzurüsten, da diese aus Sicht der blinden Menschen ohne fremde Hilfe so gut wie nicht nutzbar sind.

Herr Ladenberger stellt fest, dass in der Anhörung der Behindertenverbände am 20.02.2016 aufgefallen ist, dass sich das Tempo bei der Umsetzung der Prioritätenliste erheblich verlangsamt hat. Nachrüstungen von weiteren Haltestellen im Hinblick auf

die Barrierefreiheit lässt die Prioritätenliste zurzeit auch nicht zu, so dass mittlerweile mit einem Umsetzungszeitraum von rund 40 Jahren gerechnet werden muss. Dies ist aus Sicht der Behindertenverbände nicht akzeptabel. Daher sollte der Umfang und der Zeitrahmen der Prioritätenliste mit den Behindertenverbänden nochmals diskutiert werden.

Herr Matzel teilt mit, dass die Verwaltung diese Einschätzung teilt. Die Baumaßnahmen Barbarossaplatz, Nußbaumer Str. und Subbelrather Str. binden so viel Personal-Kapazitäten, dass alle anderen Maßnahmen darunter leiden. Da für diese Maßnahmen jedoch gerade die Zuwendungen erteilt wurden, haben diese Maßnahmen entsprechende Priorität.

Herr Dr. Bell stellt für die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik fest, dass diese Situation unbefriedend ist.

#### **5.4 Gestaltungshandbuch der Stadt Köln hier: Sachstandsbericht zu Bänke**

Herr Dr. Bell berichtet, dass am 03.03.2016 ein Gespräch mit Herrn Beigeordneten Höing und der Bezirksvertretung Innenstadt stattgefunden hat. Nach den dort getroffenen Vereinbarungen wird die Herstellerfirma das Bank-Modell Urbanis überarbeiten und erneut vorlegen.

Herr Dr. Bell wird die Niederschrift des Gespräches und die Musterskizzen den Behindertenverbänden zur Verfügung stellen, sobald diese vorliegen.

#### **5.5 Aktualisierung von Regelwerken wegen neuer bzw. aktualisierter DIN-Normen hier: Sachstandsbericht**

Herr Dr. Bell weist auf die Übersicht der Fachämter des Dezernates Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr hin, in der der aktuelle Sachstand und die Planungen dargestellt wurden. Da dies Thema und daher auch die Übersicht sehr umfangreich sind, wurde den Vertreter und Vertreterinnen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen ein Fachgespräch mit den Fachämtern angeboten. Da die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik diesen Vorschlag begrüßt, wird Herr Dr. Bell dieses Fachgespräch nun initiieren.

Herr Intveen weist darauf hin, dass bei allen Stellungnahmen, Aussagen zu Kontrasten und Leuchtdichte-Messungen fehlen. Diese sollten noch ergänzt werden.

#### **5.6 Flora Köln hier: Erreichbarkeit der Außengastronomie - Stellungnahme der KölnKongress GmbH**

Herr Höller, Leiter des städtischen Veranstaltungszentrums Köln und nebenamtlicher Geschäftsführer der KölnKongress GmbH und somit Vertreter des Bauherrn und des Betreibers der Flora, berichtet, dass das Veranstaltungszentrum Flora generalmodernisiert worden und im Sommer 2014 in Betrieb gegangen ist. Bei der Planung und Sanierung wurde nicht nur Wert auf Verbesserung der Funktionalität und der optischen Gestaltung unter Beachtung des Denkmalpflegeschutzes sondern auch Wert auf die barrierefreie Gestaltung gelegt. Die Barrierefreiheit gilt auch für die Außenterrasse der Flora.

Bereits in den ersten Monaten wurden die Außenanlagen weit über das erwartete Maß hinaus genutzt. Dabei stellte sich sehr schnell heraus, dass die Terrasse für mobilitätseingeschränkte Menschen, Familien mit Kinderwagen etc. nicht optimal war. Im März 2015 wurde dann das Verfahren zum Bau eines Aufzuges in die Wege geleitet. Dafür waren vom Finanzausschuss 288.000 Euro zur Verfügung gestellt worden. Bei der Ausschreibung bewarb sich nur ein Bewerber, dessen Angebot weit über dem Limit lag. Daher wurde das Angebot zurückgewiesen.

Daraufhin musste umgedacht werden. Unter Beteiligung der Vertreter und Vertreterinnen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen und der Gebäudewirtschaft wurde festgelegt, dass eine Rampe gebaut werden soll, die vollständig die Kriterien der Barrierefreiheit erfüllt. Es wird angestrebt, dass die Außengastronomie ab August 2016 über die Rampe barrierefrei erreichbar sein wird.

Frau Röttger-Schulz spricht im Namen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, insbesondere der Vertreter und Vertreterinnen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen, ihren Dank an die für die Flora Verantwortlichen aus, dass die Flora nun bald vollständig barrierefrei sein wird.

#### **5.7 Stellungnahme der Verwaltung zur Resolution der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik: „Barrierefreies Wohnen“ 3518/2015**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Herr Dr. Bell ergänzt die Mitteilung mit dem Hinweis, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Anfang 2015 drei Beschlüsse gefasst hatte, die zu einer intensiven Befassung in den politischen Gremien geführt hat. Dies ist auch ein Erfolg der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik. Die Stellungnahme der Verwaltung zur Resolution hat zu Nachfragen aus der Politik geführt, die nun von der Verwaltung beantwortet werden. Die Antwort wird den Gremien in Kürze vorgelegt werden.

#### **5.8 Mobilitätshilfe hier: Sachstandsbericht**

Da die Fachverwaltung bei dieser Sitzung nicht anwesend ist, fasst Herr Dr. Bell die Stellungnahme wie folgt zusammen: In 2015 hat ein Gespräch zwischen der Fachverwaltung, dem Behindertenbeauftragten und Vertretern der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen stattgefunden. Einvernehmlich wurde festgestellt wurde, dass die Höhe der Mobilitätshilfe nach nunmehr 13 Jahren angepasst werden sollte, da sich auch die Taxikosten im Zeitraum der letzten Jahre mehrfach erhöht haben. Es ist leider nicht gelungen, die Mehrkosten im Haushalt der Stadt Köln abzubilden. Eine Erhöhung der Mobilitätshilfe kann daher zurzeit nicht vorgenommen werden.

Herr Ladenberger äußert die Befürchtung, dass die Beantwortung der Frage zur nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 06.06.2016, ob die Verwaltung nun selbst tätig wird und die Mittel beantragt oder ob die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bzw. die Politik tätig werden müssten, für ein Tätigwerden zu den aktuellen Haushaltsplanberatungen zu spät wäre. Daher schlägt er die u.a. Beschlussempfehlung zur Erhöhung der Mobilitätshilfe vor.

Die finanziellen Auswirkungen werden hierfür nur geringfügig sein, da im vergangenen Jahr lediglich zweimal die Pauschale für Spezialfahrzeuge, nur unwesentlich höher die Taxikosten und insgesamt 700mal die Mobilitätshilfepauschale in Höhe von 30 Euro in Anspruch genommen wurden.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik fasst daher folgenden Beschluss:

**Beschluss:**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik fordert den Ausschuss Soziales und Senioren, den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe/Internationales und den Finanzausschuss auf, folgende Anpassung der Mobilitätshilfe zu beschließen:

- Anhebung der Pauschale von 30 Euro auf 35 Euro
- Anhebung des Budgets für Taxifahrten von 150 Euro auf 200 Euro
- Anhebung des Budgets für Spezialfahrzeuge von 200 Euro auf 250 Euro

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**5.9     Barrierefreie Ratssitzungen  
          hier: Sachstandsbericht**

Herr Dr. Bell teilt mit, dass der Ausschuss Soziales und Senioren hierzu noch keinen Beschluss gefasst hat.

**6       Mitteilungen**

**6.1     1. Fortschreibung des Inklusionsplans für Kölner Schulen  
          3213/2015**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.2     Inklusionsmonitoring - 3. Bericht zu Inklusionsentwicklung an Kölner  
          Schulen (SJ 2014/15)  
          3446/2015**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**7       Anfragen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortbeiträge vor.

**8       Beschlüsse und Beschlussempfehlungen**

**8.1     Barrierefreier Zugang zur Domplatte  
          2262/2015**

Herr Ladenberger berichtet, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bereits Ende 2014 eine Beschlussempfehlung zum barrierefreien Zugang zur Domplatte abgegeben und eine entsprechende Rampe befürwortet hat. Nunmehr liegt eine Beschlussvorlage der Verwaltung mit drei möglichen Alternativen vor. Auch hier sieht die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik die Notwendigkeit, eine Rampenlösung herzustellen. Er schlägt daher vor, für die Alternative 1 zu votieren.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt daher wie folgt:

**Beschluss:**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt den Alternativbeschluss 1 mit folgendem Zusatz:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung Variante 1 gemäß Anlage 1 umzusetzen.

Die Verwaltung wird beauftragt, Probleme und Lösungsmöglichkeiten der Domumgebung darzustellen. Dabei ist auch der südliche und östliche Teil zu betrachten. In zukünftigen Planungen ist die barrierefreie Zugänglichkeit, Auffindbarkeit und Nutzbarkeit zwingend einzubeziehen.

**Abstimmungsergebnis:**

Bei zwei Enthaltungen beschlossen

**8.2 Ständige Gäste in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik  
hier: Aufnahme des Stadtsportbundes als Ständiger Gast**

Der Stadtsportbund hat beantragt, als ständiger Gast in die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik aufgenommen zu werden. Als Vertreter des Stadtsportbundes wird Herr Prof. Dr. Innenmoser benannt.

**Beschluss:**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt, dass der Stadtsportbund als ständiger Gast in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vertreten ist.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**8.3 Sitzungsplanung 2016  
hier: Schwerpunktthemen der Sitzungen im 2. Halbjahr 2016**

Herr Steinbach schlägt das Thema „Beratungsstellen für Menschen mit geistigen Behinderungen bzw. Lernschwierigkeiten“ als Schwerpunktthema für die 3. Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in 2016 vor. Viele Menschen mit geistiger Behinderung bzw. Lernschwierigkeiten wissen nicht, an wen sie sich wenden können, wenn sie Beratungsbedarf haben. Daher sollen sich unter anderem die Beratungsstelle der Lebenshilfe Köln, der IFD – Integrationsfachdienst und die KoKoBe – Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen vorstellen und über ihre Angebote berichten.

**Beschluss:**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt für die 3. Sitzung 2016 das Schwerpunktthema:

„Beratungsstellen für Menschen mit geistigen Behinderungen bzw. Lernschwierigkeiten“

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**8.4 Beschlussempfehlung "Sanierung Brücken"**

Der Entwurf der Beschlussempfehlung der Vertreter und Vertreterinnen der Behindertenorganisationen und –selbsthilfegruppen mit der dazugehörenden Begründung ist als Anlage zur Einladung veröffentlicht worden.

Herr Intveen weist darauf hin, dass seitens sinnesbehinderten Menschen, insbesondere der blinden und sehbehinderten und auch der hörgeschädigten Menschen, eine getrennte Führung von Fuß- und Radwegen gefordert wird, um Gefahrensituationen zu vermeiden und eine sichere Nutzung der Brücken zu ermöglichen. Dies ist eine Forderung im Sinne der Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer Und Verkehrsteilnehmerinnen.

Nach kurzer Diskussion fasst die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik folgenden Beschluss:

**Beschluss:**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet den Ausschuss Soziales und Senioren und den Verkehrsausschuss, die Verwaltung mit der Überarbeitung der Planung „Sanierung Brücken“ mit dem Ziel einer maximalen Verkehrssicherheit für alle Teilnehmer zu beauftragen.

Insbesondere muss durch ein kontraststarkes Leitsystem eine sichere taktile Führung von Menschen mit Sehbehinderung gewährleistet sein. Die Nutzung des Streifens gleichzeitig in beide Richtungen hält die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für ungeeignet und empfiehlt dringend die Beibehaltung der üblichen Regelungen – also Trennung der Richtungsströme auf beiden Brückenseiten.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**9 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates**

Hierzu liegen keine Wortbeiträge vor.

**10 Verschiedenes**

Hierzu liegen keine Wortbeiträge der Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vor.

Gez. Dr. Günter Bell  
(Vorsitzender/Behindertenbeauftragter)

gez. Angela Edith Thiemann  
(Geschäftsführung / Schriftführerin)

Anlage